

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich von 6 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abnahme in der Geschäftsstelle und den Ausgabeblättern 2 Mk. im Monat, bei Vorbestellung durch die Boten 2,50 Mk.; bei Vorbestellung durch die Post 3 Mk. jährlich. Abrechnung durch die Postämter. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Abrechnung durch die Postämter. In den Abrechnungen sind die Steuern für den Druck und die Kosten für den Vertrieb enthalten. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung der Bezugspreise. — Rückstellungen einzelner Christen erfolgt nur, wenn Posto befreit.

Anzeigenpreis: Die 2erpaltenen Nummern 20 Goldpfennig, die 2erpaltenen Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3erpaltenen Nummern 30 Goldpfennig, die 3erpaltenen Zeile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Verträge und Platzverträge nach Vereinbarung. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Abrechnung durch die Postämter. Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Angaben bei den Anzeigen übernehmen die Verleger, die die Anzeigen entgegennehmen. Jeder Rücktritt ist freibleibend, wenn der Betrag durch die Anzeigen gegeben werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen werden alle Verträge freibleibend entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstamts Tharandt, Finanzamts Rostitz.

Nr. 199 — 83 Jahrgang

Telegr. Nr. „Autoblast“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Dienstag den 26. August 1924

Mehr Würde.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Der Reichstag, der am Freitag einen großen Tag haben sollte, hatte in gewissem Sinne den schwärzen Tag seiner ganzen langen Geschichte. Dies war um so bedauerlicher, als sich das Trauerspiel vor der überfüllten Diplomatensloge abspielte, in der zahlreiche Vertreter auswärtiger Staaten wohl mit Erstaunen dem ganzen Treiben zusahen. Sie haben sicher, trotzdem sie in dieser Beziehung durch ihre Parlamente wohl kaum verdröhnt sind, keinen sehr günstigen Eindruck mit nach Hause genommen. Unsere drei Hauptvertreter in London sollten ihren Bericht erstatten. Statt dessen kam es zu einem wüsten kommunistischen Tölpel.

Alle Welt fragte sich, weshalb Präsident Wallraf sich so langsam gegen die Aufhebung zeigte. Wie man aus dem Protokoll der langen Sitzung des Ausschusses erfährt, hat er es bestimmt abgelehnt, irgendwelche Gewaltmaßnahmen gegen die störrischen Abgeordneten anzuwenden zu lassen. Die Meinung über diese Stellung war in Abgeordnetenkreisen geteilt. Auf alle Fälle erinnert der Vorfall an das Verfahren eines früheren Präsidenten, wo eigentlich zum ersten Male eine solche Frage im Reichstage aufstand. Zur Zeit der Beratung des Zolltarifs am Anfang des Jahrhunderts, wo es besonders heiß herging, weigerte sich der Abgeordnete Singer, einer der Führer der damaligen Sozialdemokratie, den Saal zu verlassen. Auch der damalige Reichstagspräsident Graf Wallrafem hielt es unter seiner Würde und namentlich unter der des Hauses, Gewalt anzuwenden. Aber ebensowenig wie Herr Wallraf wollte er die Verhandlung leiten, solange der unbotmäßige Abgeordnete sich seinen Anordnungen nicht fügen wollte. Graf Wallraf legte damals sein Amt nieder und es kam zu einer vorübergehenden Präsidentenkrise, die jedoch sehr schnell gelöst wurde, da am nächsten Tage das Haus ihn wiederwählte und somit ihm sein Vertrauen aussprach.

Eine Präsidentenkrise im Reichstag wäre allerdings unter den jetzigen Zeitläuften nicht empfehlenswert, da sie bei den eigenartigen Parteikonstellationen und der gereizten allseitigen Stimmung sich wohl nicht so schnell wie damals hätte lösen lassen. Aber immerhin zeigen die Vorgänge, daß schleunigst etwas geschehen muß, damit der Reichstag nicht im Zu- und Auslande um alles Ansehen kommt. Die Koalitionsparteien sind schon in Beratung darüber eingetreten, wie die Geschäftsordnung des Hauses verschärft werden kann. Das Verlangen ist ja nicht neu. Seit langem schweben ähnliche Erwägungen unter den Parteien, die jedoch noch zu keinem Ergebnis geführt haben. Vielleicht geben die Koalitionsparteien jetzt den Anstoß, damit der Präsident endlich die nötigen Machtmittel in die Hand bekommt. Er hätte sie auch jetzt schon; die Bestimmungen der Geschäftsordnung lassen aber allerlei Auslegungen zu, die dann zu Weiterungen führen müssen.

Welchen Weg man wählen wird, das läßt sich noch nicht erkennen. Vielleicht nimmt man sich die Geschäftsordnung des preussischen Landtages zum Muster. Es ist gleichsam eine Ironie des Schicksals, daß diese zuletzt unter einem Präsidenten verschärft wurde, der einmal früher als Abgeordneter den Anstoß zum Einschreiten der bewaffneten Macht im Hause gab. Das kam so. Der konservative Präsident von Erfssa des damaligen preussischen Abgeordnetenhauses entschloß sich dazu, den Sozialdemokraten Vorhards aus dem Saale entfernen zu lassen. Dies ging nicht anders, als daß man auch gegen seinen Parteiliegenossen Heinert, den jetzigen preussischen Landtagspräsidenten, handgreiflich wurde, der durch seine Person den Polizeistreit zum Zutritt zu Herrn Vorhardt verschärfte. Wie die Kommunisten jetzt immer die Amnestieforderung zum Vorwand ihres Vorgehens nehmen, so machten es damals die wenigen Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus mit der Frage des preussischen Wahlsystems. Um das Bild zu vervollständigen, wollen wir nur erwähnen, daß im vorigen Reichstage der sozialdemokratische Präsident Löbe schon einmal alle Vorkehrungen für eine gewalttätige Räumung getroffen hatte. Wahrscheinlich dürften sich diesmal die Sozialdemokraten im Reichstage einer Verschärfung der Geschäftsordnung nicht entgegenstellen. Die Würde der Parlamente läßt sich aber nur dann restlos wahren, wenn die Abgeordneten selbst sich ihrer Aufgaben und ihrer Verpflichtungen genügend bewußt sind.

Rampf um die Annahme der Londoner Abmachungen.

Ministerreden für Annahme

(22. Sitzung.)

OB. Berlin, 23. August.

Auch heute wieder war das Interesse an den Reichstagsverhandlungen außerordentlich groß. Wie gestern umfand eine große Menschenmenge die Eingänge. Tribünen und Saal waren erneut bis auf den letzten Platz überfüllt. Zu Beginn der Sitzung machte Präsident Wallraf Mitteilung von einem schriftlichen Einspruch des kommunistischen Abg. Schwarz, der die Sprengung der gestrigen Sitzungen veranlaßte, gegen seine Anwesenheit. Als das Wort an den Reichskanzler Dr. Marx erteilt wurde, machten die Kommunisten wieder Störungsversuche. Der Kanzler ließ sich aber nicht beirren, sondern las seine Rede gelassen zu Ende. Auch die mancherlei Zwischenrufe brachten ihn nicht aus seiner Ruhe. Der Präsident allerdings wurde häufig gezwungen, von seiner Glocke Gebrauch zu machen.

Die Rede des Reichskanzlers

ging im wesentlichen von folgenden Gesichtspunkten aus:

Wir rühmen uns nicht eines Erfolges, den wir in London errungen hätten. Wir sind uns bewußt, daß die Arbeit, die wir in London zu vollbringen hatten, nicht derartig war, daß sie große Erfolge hätte davontragen können. Weber der Verfasser Vertrag noch das Sachverständigengutachten als solches werden wohl von irgend jemand in Deutschland als eine Wohltat für das deutsche Volk angesehen werden. Unsere Aufgabe bestand nur darin, Milderungen zu erwirken, und ich glaube, festsetzen zu dürfen, daß die deutsche Delegation auf keinen Fall eine Verschlechterung in dem jetzigen Zustand herbeigeführt hat. Wie dem ganzen deutschen Volke, so lag auch der Delegation in London vor allem anderen am Herzen, deutsches Land von der Besetzung durch fremde Truppen zu befreien.

Daß die deutsche Regierung die getroffene Regelung der Besetzungsfrage nicht als endgültig ansieht, es vielmehr als ihre Aufgabe betrachtet, die in Aussicht gestellte vollständige Räumung des Ruhrgebietes zu verlangen, ist selbstverständlich. Und ich hoffe, daß eine Regelung der Rhein- und Ruhrfrage vielleicht bald erzielt wird, wenn die in London beschlossene Lösung des Reparationsproblems zu einem befriedigenden Ergebnis führt. Der Kanzler schildert dann die Folgen, die eine Ablehnung für Deutschland zur Folge hätte, und meint, daß die Ablehnung jedenfalls die Zerstörung aller Hoffnungen bedeute, die das deutsche Volk sowohl wie unsere Brüder im besetzten Gebiet hegen. Industrie und Landwirtschaft würden noch mehr unter der Kreditnot zu leiden haben. Ob dann die bisher mühsam gehaltene Währung einem neuen Verfall entgegenreibe, ist ebenfalls eine bange Frage. Die Annahme der Arbeitslosigkeit wäre eine sichere Folge. Der furchtbare militärische Druck würde auch auf dem bisher besetzten Gebiete unvermindert weiterwirken. Eine furchtbare Verantwortung lastet jetzt auf dem Reichstag. Seine Entscheidung wird nach meiner innersten Überzeugung für Deutschland Segen oder Fluch bedeuten.

Das ganze deutsche Volk, so schloß der Kanzler, das ganze Europa richtet seine Blicke auf uns. Das besetzte Gebiet, das so viel gelitten hat, hat seinen Willen uns kundgetan. Seine Hoffnungen und Empfindungen, sie dürfen nicht betrogen werden.

Der Kanzler, der bei seinen Ausführungen sehr oft von Kommunisten und Nationalsozialisten unterbrochen wurde, sprach den Hinweis auf das besetzte Gebiet mit erhobener Stimme. Nach ihm nahm das Wort

Reichsfinanzminister Dr. Luther.

Er verbreitete sich über die Folgen, die eintreten könnten, wenn das Londoner Abkommen abgelehnt würde. Die Arbeitslosigkeit würde weiter zunehmen. Auch die Handelsbilanz, die für das erste Halbjahr 1924 schon einen Einbuhrüberschuß von 1.600.000.000 hatte, würde wieder ungünstig beeinflusst werden. Zurzeit sei das Reich imstande, seine laufenden Verpflichtungen zu erfüllen. Es werde sogar für eine gewisse Zeit die in Aussicht genommene Anleihe bedürftig sein können. Das alles würde fortfallen, wie auch das Reich nicht mehr seine Verpflichtungen erfüllen könnte, wozu es nach Stabilisierung der Mark in der Lage war. Dann hob der Minister die vermutlich weiter sinkende Steuerfähigkeit hervor, die jetzt schon dazu geführt hätte, daß gewisse Einnahmen zum Steuerstreik außerordentlich hätten. Besonders unterrichtete der Minister, daß alle sachlichen Grundlagen für ein langes Durchhalten unter den jetzigen Verhältnissen fehlten. Da die Wirtschaft des besetzten Gebiets die Münzverträge nicht länger tragen könne, werde ein Eingreifen der Regierung gefordert werden, wozu aber die Mittel fehlten. Die Folge sei ein völliger Zusammenbruch der Wirtschaft. Man könnte in Deutschland nicht zum zweiten Male künstliches Geld machen. Von allen diesen Erwägungen sei die deutsche Delegation in London und die deutsche Gesamtregierung geleitet worden. Die 800.000.000-Anleihe werde Schrittmacher für weitere ausländische langfristige Kredite zu tragbaren Bedingungen sein. Nach alledem erfolgte ihm der Weg der Zustimmung unvermeidlich. Der Minister

spricht die Hoffnung aus, daß das deutsche Volk mit zäher Arbeit und tapferem Sparen auf der Grundlage des Londoner Abkommens wieder emporkommen werde.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

wandte sich als dritter Regierungsvertreter und Angehöriger der deutschen Delegation in London zuerst gegen die äußerste Rechte und wies darauf hin, daß gerade von jener Seite behauptet worden wäre, die Franzosen dürften gar nicht daran, das Ruhrgebiet zu räumen. Herrriot, der sich verpflichtet hätte, über die Räumungsfrage nicht zu verhandeln, habe dies schließlich mit der Zustimmung seines Senats tun müssen. Der Verlauf der Londoner Verhandlungen beweiße, daß Deutschland die Ruhräumung nicht erzwingen könnte. Als von nationalsozialistischer Seite hier gerufen wurde: „Vorher haben Sie anders gesprochen“, erwiderte der Minister, er hätte im Auswärtigen Amt schon vorher gesagt, daß die sofortige Räumung kaum zu erreichen sein werde. Die deutsche Regierung würde jedoch darauf dringen, daß sie nach einer Frist erfolge, die nicht nach Jahren, sondern nach Monaten zähle. Der Minister schilberte dann — wiederholt von nationalsozialistischen Jureusen unterbrochen — den Verlauf der Verhandlungen über

die Räumung der Ruhr.

Die deutsche Regierung betrachte es als ihre Pflicht, auf eine Befriedigung der Räumung hinzuwirken. Sie handle damit nicht nur im Einklang mit dem bekannten Brief MacDonalds, sondern auch mit den Erklärungen Herrriots. Die Machtbefugnisse der Reparationskommission, unter denen Deutschland so schwer gelitten habe, seien durch London durchaus verändert. Frankreich habe dort nicht mehr die entscheidende Mehrheit. Die Hinzuziehung des Amerikaners sei für Deutschland von Bedeutung, weil der Glaubwürdigkeit Amerikas ein Interesse an dem Wohlergehen seines Nachbarlandes Deutschland habe.

Wenn auch nicht formell, so hat doch tatsächlich ein gewisser Zusammenhang zwischen den handelspolitischen Wünschen der Franzosen und der Räumungsfrage bestanden. Die deutsche Delegation habe aber London verlassen, ohne sich in handelspolitischen Fragen endgültig zu binden. Es sei in London auch erklart worden, daß die Frist für die Ruhräumung 6 bis 8 Wochen früher beginne als die übrigen Fristen. Auf einen kommunistischen Zwischenruf, daß dies ja faßlich gewesen sei, bezeugnete der Minister dies nicht als faßlich, aber es werde von denjenigen im besetzten Gebiet verlangt werden, für die 6 bis 8 Wochen eine Rolle spielen. Herrriot hätte Deutschland durch die sofortige Räumung von Düsseldorf und Aachen einen sichtbaren Beweis seines guten Willens gegeben, er habe sein Wort gehalten. Das anzuerkennen, nähme er keinen Anstoß. Diese Worte riefen bei den Nationalsozialisten großen Ärger und bei der Mehrheit starken Betzall hervor. „Wir können“, so fuhr der Minister mit erhobener Stimme fort, „die Außenpolitik nicht so treiben, daß wir den Gegner immer als wortbrüchigen Schuft bezeichnen.“ Daß der 15. August 1923 der allerletzte Termin für die militärische Ruhräumung sei, daran bestehe gar kein Zweifel. Als ihm von seiten der Rechten zugewiesen wird, er möge doch abwarten, meinte er, daß man ja dadurch den Leuten in Frankreich das beste Material in die Hände gebe, die daran herumdeuteln wollten.

Der Kampf um die Räumung der Ruhr sei in London nicht beendet, sondern er habe begonnen.

Ein großer Fortschritt sei die Durchscheidung des Schiedsgerichts für alle strittigen Fragen. Das sei doch ein ganz anderer Geist als der des Ultimates. Die Mitglieder des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, die politisch meist weit rechts ständen, hätten sich gewiß nicht aus Geschäftsgründen für das Dawes-Gutachten ausgesprochen, sondern weil der Verstand es ihnen geboten hätte. Das Ruhrgebiet löse mit der Annahme auf, die Reparationsprovinz zu sein. Auf einen Jurist von der rechten Seite hin, daß es dafür recht gut Deutschland geworden sei, erwiderte der Minister: „Ja, und das soll so sein. Ganz Deutschland hat die Pflicht, für die Reparationsleistungen zu haften. Diese Pflicht darf nicht der Bevölkerung des besetzten Gebietes allein überlassen bleiben.“ Dr. Stresemann wies darauf hin, daß mit Zustimmung der Rechten schon das Kabinett Cuno aus der Spezialschuld des Ruhrgebietes eine Generalschuld des Deutschen Reiches machen wollte. London, so schloß der Minister seine Ausführungen, soll der Anfang einer Entwicklung sein, deren Ziel das Ende der nationalen Zwietracht und eine neue Ära der Verständigung der Völker ist.

Die Rede wurde von der Mehrheit mit lebhaftem Beifall und Handklatschen, von der äußersten Rechten und Linken mit Jischen ausgenommen. Ein Versuch der Kommunisten, noch heute die Besprechung der Regierungserklärung zu beginnen, wurde von allen Parteien abgelehnt.

Zum Schluß der Sitzung wurde der Einspruch des Kommunisten Schwarz gegen seinen Ausschluß gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Darauf erfolgte die Vertagung auf Montag.

Berlin, 25. August. Die parlamentarische Lage wies gestern im wesentlichen noch daselbe Bild auf wie am Sonntagabend. Heute vormittag werden mehrere Fraktions-sitzungen stattfinden, darunter auch die der deutschnationalen Volkspartei. Auf Grund dieser Beratungen wird wahrscheinlich, wie die „Montagspost“ meldet, Abgeordneter Berg die erste Lesung der zu den Londoner Abmachungen gehörenden Gesetze mit einer Plenarrede eröffnen. In sozialdemokratischen Kreisen tritt man nach wie vor lebhaft für eine Reichstagsauflösung ein.

Sughes über die deutsch-amerikanischen Beziehungen.

Eigener Fernsprechschrift des „Wilsdruffer Tageblattes“.
New York, 25. August. Staatssekretär Sughes hat in einer Unterredung mit dem Vertreter der „United Press“ im Hinblick auf die dreijährige Wiederkehr der Unterzeichnung des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages auf die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern hingewiesen und erklärt, drei Viertel aller amerikanischen Ansprüche gegenüber Deutschland seien geregelt. Schließlich betonte Sughes noch die Bedeutung seiner Reise nach Berlin, die auch zu ihrem Teil mit dem Gelingen der Londoner Konferenz beigetragen habe.